

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 72 (1978)
Heft: 11

Artikel: Vom notwendigen Vorrang des Friedens für die Christen und die Marxisten
Autor: Somerville, John
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142750>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wir uns einsetzen mit unseren Gaben und Kräften. Das ist die Arbeit, die sich lohnt und der Segen verheißen ist.

(Predigt vom 2. Mai 1976 in der Jesus Christus-Kirche, Berlin-Dahlem)

JOHN SOMERVILLE

Vom notwendigen Vorrang des Friedens für die Christen und die Marxisten

Heute ist es mehr denn je in der Geschichte des Menschen für alle, die das Schicksal der Menschheit angeht, erforderlich, in einen philosophischen Dialog und praktische Zusammenarbeit einzutreten. Warum? Weil es heute zum ersten Mal in der Geschichte des Menschen mit den vorhandenen Kriegswaffen möglich ist, die gesamte Menschheit zu vernichten, während der Krieg immer noch eine der anerkannten, ja höchst geachteten Einrichtungen der Gesellschaft ist. Das historische Zusammentreffen dieser beiden Umstände läßt plötzlich das ernste ethische Problem und die höchste physische Gefahr aufkommen, denen die Menschheit je gegenüberstand. Darüber hinaus ist zu dieser noch nie dagewesenen Lage eine neue Modifikation, eine neue Modalität hinzugekommen, die das Problem noch verschlimmert und die Gefahr erhöht. Um die Dringlichkeit unserer gegenwärtigen Notlage zu ermes- sen, wollen wir bestimmte gegenwärtige Entwicklungen überblicken.

Die Politik des ersten Schlags

Seit die USA und die UdSSR ihre Vorräte an Kernwaffen zu produ- zieren anfangen, legte jede dieser «Supermächte» öffentlich und wie- derholt das Versprechen ab, niemals die erste zu sein, die Kernwaf- fen anwendet. Am 1. Juli 1975 jedoch widerrief eine der beiden Mächte öffentlich ihr Festhalten an dieser Verpflichtung. An diesem Tage erklärte nämlich James Schlesinger, Präsident Fords Verteidigungs- minister, auf einer besonderen Pressekonferenz, die in Washington zum Zwecke der Erklärung der Politik der Vereinigten Staaten einbe- rufen worden war: «Unter keinen Umständen können wir davon abrük- ken, als erste Kernwaffen anzuwenden.»¹ Die «New York Times» vom 2. Juli schrieb im Bericht über diese Konferenz Schlesingers: «Sei- ne Betonung lag auf der möglichen ersten Anwendung taktischer Waf- fen, die zu Tausenden in Westeuropa stationiert sind. Auch nur eine Andeutung seitens der Vereinigten Staaten, sie würden von der An-

wendung der Waffen Abstand nehmen, sagte er, würde 'eine verheerende Auswirkung' auf die Nordatlantikpaktorganisation haben, die, wie er sagte, psychologisch und militärisch von den Kernwaffen abhängt. Nach der neuen Lehre von ausgewählten Schlägen gegen sowjetische militärische Einrichtungen schloß Schlesinger auch nicht die Möglichkeit der ersten Anwendung strategischer Waffen aus. . . .»²

Während des Vietnam-Krieges war Schlesinger auch Verteidigungssekretär in der Verwaltung Nixons und damit Leiter der CIA. Er ist jetzt Mitglied des Kabinetts Präsident Carters und mit der Energieentwicklung, einschließlich der Kernenergie, beauftragt. Es ist deshalb klar, daß seine Darstellung von 1975 der neuen Politik der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Anwendung von Kernwaffen auch die Unterstützung von Präsident Carter hat. Ja, Carters erste Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 4. Oktober 1977 spiegelte nicht nur wider, was Schlesinger gesagt hatte, sondern fügte noch bestimmte Möglichkeiten hinzu, bei denen die Vereinigten Staaten nicht zögern würden, als erste Kernwaffen anzuwenden. Dies geschehe zum Beispiel in dem Falle, daß eine Macht, auch wenn sie keine Kernwaffen besitzt, nicht nur die Vereinigten Staaten selbst, sondern irgendeinen ihrer Verbündeten angreifen würde. Seine genauen Worte waren: «Ich erkläre für die Vereinigten Staaten feierlich, daß wir Kernwaffen nur zur Selbstverteidigung anwenden würden, das heißt unter den Umständen eines aktuellen Angriffs auf die Vereinigten Staaten mit Kern- oder konventionellen Waffen, auf ihr Territorium oder gegen unsere Streitkräfte oder eines solchen Angriffs auf einen Verbündeten.»³ Da die Vereinigten Staaten gegenseitige Verteidigungsabkommen mit nicht weniger als sechzig «Verbündeten» rund um den Globus getroffen haben, während Carters Möglichkeiten nicht nur jeden Angriff auf die Vereinigten Staaten oder einen ihrer Verbündeten, sondern jeden Angriff gegen die «Streitkräfte» der Vereinigten Staaten einschließen, wo immer sie gerade stehen oder vordringen, und da der Präsident allein zu entscheiden hat, was einen «Angriff» darstellt, kann die sich durch diese Politik ergebende Größe der Bedrohung kaum übertrieben werden.

Es ist auch festzuhalten, daß mehrere Monate, bevor Präsident Carter diese politische Rede vor den Vereinten Nationen hielt, in Bukarest eine Zusammenkunft der Warschauer Paktstaaten stattfand. Von diesem Treffen aus sandte die Sowjetunion als Führer dieser Staaten einen Vorschlag an die Vereinigten Staaten als Führer der Nato-Staaten, daß beide Seiten eine gemeinsame Erklärung unterschreiben sollten, wonach keine als erste Kernwaffen anwenden werde. Aber dieser Vorschlag ist von Präsident Carter nicht angenommen worden. Offensichtlich zieht er die Politik einseitiger Drohung mit der ersten An-

wendung von Atomwaffen der Politik des beiderseitigen Verzichts auf diesen Grundsatz vor. Härter, aber ebenso richtig ausgedrückt, könnte man sagen, daß er die Politik einseitiger Erpressung der gegenseitigen Abschreckung vorzieht. Da er weiß, daß er mit dem ersten Kernwaffenschlag gegen die Sowjetunion oder ihre Verbündeten die Vergeltung mit Kernwaffen herausforderte, was die gegenseitige Vernichtung und Auslöschung der Menschheit bedeuten würde,⁴ heißt die Philosophie, auf der seine Politik basiert und die er der ganzen Menschheit aufnötigt: «Lieber tot als rot». Da es ebenso klar ist, daß die Menschheit keiner größeren Gefahr gegenüberstehen könnte, als der völligen Vernichtung, müssen alle Menschen, die wollen, daß das nicht geschieht, all ihre Meinungsverschiedenheiten beiseite tun und gemäß ihrer gemeinsamen Uebereinstimmung und ihrem gemeinsamen Interesse am Ueberleben handeln, um diesem beispiellosen Notstand zu begegnen.

Gemeinsame Grundwerte des Christentums und des Marxismus

Bei unserem Bemühen, das als Philosophen und Erzieher zu tun, müssen wir erkennen, daß es aus einer Reihe von sowohl subjektiven als auch objektiven Gründen für die Menschen schwierig ist zu glauben, daß dieser Notstand tatsächlich besteht. Natürlich können sie nicht bestreiten, daß es Kernwaffen die Menge gibt, und sie können auch nicht bestreiten, was die Folge wäre, wenn sie voll angewendet würden. Aber gerade weil diese Folge so katastrophal, so einzigartig endgültig ist, versuchen viele sich selbst, trotz aller Offensichtlichkeiten des Gegenteils, davon zu überzeugen, daß die Menschen bei der Kontrolle über solche selbstmörderischen Waffen in Wirklichkeit nie beschließen würden, sie anzuwenden. Andere, vielleicht besonders in den Vereinigten Staaten, akzeptieren fatalistisch die Philosophie des «Lieber tot als rot» und sind bereit, ihren Führern bei jeder Form antikommunistischer Aktion zu folgen, was auch immer die Folgen sein mögen. Wieder andere glauben an den «Patriotismus», der auf das Prinzip gegründet ist: «Wright or wrong, my country», wobei das «country» mit der gegenwärtigen Regierung und mit allem, was diese Regierung sagt oder tut, gleichgesetzt wird.

Stimmt es nicht, daß diese historischen Tatsachen und diese gegebenen Bedingungen die Notwendigkeit für neue großzügige Erziehungsprogramme und politische Anstrengungen auf seiten sowohl des Marxismus als auch des Christentums ergeben? Marxismus und Christentum sind natürlich in vieler Hinsicht Konkurrenten. Aber das heißt nicht, daß sie keine gemeinsamen Grundlagen besitzen; es heißt nicht, daß sie keine gemeinsamen Interessen haben. Beide sind weltweite

Bewegungen und haben umfassende Philosophien; beide sind daher zutiefst mit der Menschheit als ganzem befaßt und mit der Zukunft der Menschheit. Folgt daraus also nicht, daß, wenn die Menschheit als ganzes und die Zukunft der Menschheit von der Auslöschung bedroht ist, das grundsätzlich gemeinsame Interesse des Marxismus und des Christentums gerade an der Existenz und dem Bestehenbleiben der Menschheit, die grundsätzlich gemeinsamen Grundwerte des Marxismus und des Christentums in ihrem gemeinsamen Wunsch, die Auslöschung gerade des Gegenstandes ihres Wettstreites zu verhindern, die auch die Auslöschung ihrer ganzen «raison d'être» bedeuten würde, daß diese gemeinsamen Interessen und gemeinsamen Werte also für beide Seiten wichtiger sein müssen als ihre Differenzen? Ich meine, diese Konsequenz sei umso eindeutiger je mehr wir den Umstand in Erwägung ziehen, daß, wenn diese beiden mächtigen und weltweiten Bewegungen nicht neue Wege der erzieherischen und politischen Zusammenarbeit finden, das Leben der Menschheit mit der gegenwärtigen Generation zu Ende sein kann.⁵

Die Kubakrise von 1962

Schon einmal hat eine Gruppe der höchstrangigen Regierungsmänner der Vereinigten Staaten absichtlich einen militärischen Entschluß gefaßt, von dem sie mit Bewußtsein erwartete, er würde zum «Ende der Menschheit» führen.⁶ Das sind ihre eigenen Worte, zitiert aus der Denkschrift Robert Kennedys, in der er beschreibt, was während der Kubakrise wegen der Raketenbasis von 1962 geschah, in der er selbst der amerikanische Hauptverhandlungspartner war, von seinem Bruder, Präsident John Kennedy, dazu bestimmt. Die amerikanischen Führer lehnten das sowjetische Angebot ab, die Frage der Raketenbasis friedlich, durch gleichzeitige Entfernung der russischen Raketenbasis von Kuba und der amerikanischen aus der Türkei, zu bereinigen. Stattdessen stellten sie der sowjetischen Regierung das Ultimatum, ihre Basis von Kuba innerhalb 24 Stunden einseitig und bedingungslos zu entfernen, andernfalls diese durch Invasion und Bombardierung zerstört würde. Die amerikanischen Führer sandten dieses Ultimatum sogar ab, obwohl sie nicht erwarteten, daß die Sowjets gehorchen würden. Sie erwarteten im Gegenteil, die Sowjets würden es zurückweisen. Ja, die tatsächliche «Erwartung» — Kennedys eigener Ausdruck, den er sorgfältig von der «Hoffnung» unterschied — war, daß ein Kernwaffenkrieg, der die Menschheit vernichten würde, der amerikanischen Invasion und Bombardierung der sowjetischen Basis folgen müßte, und daß die Invasion und Bombardierung innerhalb von Tagen nach Ablauf des Ultimatus beginnen würde.

All das ist unglaublich, aber wahr. Es ist eine logische Folge der völlig irrationalen Voraussetzung: «Lieber tot als rot!» Es ist die neue Eschatologie des Selbstmordes mit Kernwaffen. Robert Kennedys Denkschrift, die mit dem unerwarteten Rückzug der sowjetischen Raketen endet, erschien erst nach seinem Tode im Druck und wurde mit zwei Einleitungen herausgegeben. Die eine stammt von Robert McNamara, zur Zeit der Krise amerikanischer Verteidigungsminister und heute Präsident der Internationalen Weltbank, der Kennedys Bericht ohne jegliche Einschränkungen anerkennt und bekräftigt. Die andere stammt von Harold Macmillan, zur Zeit der Krise britischer Premierminister, der schreibt, daß es seine Sache war, «den Präsidenten in jedem Stadium voll zu unterstützen».7 In der Denkschrift berichtet Kennedy, daß Charles de Gaulle, damals Präsident von Frankreich, in einer offiziellen Mitteilung zu den von den amerikanischen Führern gefaßten Beschlüssen schrieb: «Es ist genau das, was ich getan hätte.»8 Kennedy berichtet weiter, daß der «Kanzler Konrad Adenauer von Westdeutschland ebenso seine Unterstützung zum Ausdruck gebracht hat».9

Ich denke, Sie stimmen mir zu, daß es von uns sehr unklug wäre, die Augen vor diesen Tatsachen zu schließen, oder sie leicht zu nehmen oder fatalistisch sich dreinzugeben oder — und das halte ich für das Schlimmste — sie mit «patriotischem» Stolz zu betrachten, wie es die Mehrheit der Amerikaner immer noch tut. Die Tatsache, daß es bis jetzt noch keinen allgemeinen Aufschrei öffentlicher Empörung über diese Ereignisse gegeben hat, ist zweifellos einer der Gründe, weshalb sich die amerikanische Kernwaffenpolitik von der gegenseitigen Abschreckung zur einseitigen Erpressung wandelt und die Kubakrise zum Modell nimmt, auf dem aufgebaut werden könne. Es ist von Bedeutung, daß Schlesinger diese schicksalhafte Umkehr der amerikanischen Politik besonders mit den Ereignissen während der Kubakrise zu rechtfertigen sucht.

Pädagogik und Politik des Friedens

Was sollen wir angesichts dieser Umstände tun? Welche konkreten Formen soll unsere erzieherische und politische Zusammenarbeit annehmen? Hinsichtlich der Erziehung glaube ich, daß die wirksamste Versuchsmethode ist, die unleugbaren dokumentierten Tatsachen über die Anwendung von Kernwaffen in den Vordergrund zu rücken, sie eingehend zu prüfen, sorgfältig zu untersuchen und vernünftig zu besprechen: Als erstes ihre Macht, die Menschheit völlig zu vernichten und den Planeten Erde steril zu machen. Zweitens, daß diese Folgen nicht notwendigerweise bestimmte regierende Führer davon abhalten,

sie anzuwenden. Drittens, daß diese Führer heute sogar öffentlich ihre frühere Zustimmung widerrufen, Kernwaffen als erste anzuwenden, daß sie vielmehr offiziell vor den Vereinten Nationen ihre Entschlossenheit erklären, Kernwaffen als erste anzuwenden, selbst gegen eine Macht ohne Kernwaffen, wenn irgendeine militärische Aktion, die sie als Angriff ansehen, gegen ihr Land oder gegen einen ihrer zahlreichen Verbündeten unternommen wird. Viertens, daß diese Politik, die als Erpressung mittels Kernwaffen zu bezeichnen man sich kaum enthalten kann, vom Präsidenten der Vereinigten Staaten vor den Vereinten Nationen bestätigt worden ist, nachdem er den Vorschlag zurückgewiesen hat, eine Erklärung beiderseitigen Verzichts auf eine erste Anwendung zu unterzeichnen.

Es bestehen keine technischen Schwierigkeiten, diese Tatsachen in den Vordergrund zu rücken, sie erzieherisch nicht nur den Studenten an den Universitäten, sondern auch den Schulkindern und der allgemeinen Öffentlichkeit nahezubringen. Bis jetzt ist man sich noch nicht ausreichend dieser Tatsachen bewußt, die, insgesamt genommen, eine direkte Herausforderung des Menschenrechts auf Leben und Zukunft bedeuten, eine direkte Anmaßung der höchsten Macht, zu bestimmen, daß die Menschenwelt zu einem Ende kommen soll. Diese Erziehungsarbeit muß solange geleistet werden, bis diese Tatsachen und ihre Folgen wirklich von der großen Mehrheit der Menschen der heutigen Welt erkannt worden sind.

In Bezug auf die Politik sollte, wie ich glaube, unser erstes gemeinsames Ziel sein, jedem politischen Führer unmißverständlich klar zu machen, daß, soweit es uns angeht, kein politischer Führer als solcher anerkannt bleiben kann, wenn er nicht zumindest bereit ist, sich öffentlich und offiziell zu verpflichten, nicht als erster Kernwaffen anzuwenden. Die Mittel und Methoden, dieses primäre politische Ziel zu erreichen, werden natürlich in den verschiedenen nationalen Zusammenhängen verschieden sein, aber das Ziel selbst muß heute als der gemeinsame Grund und das gemeinsame politische Erfordernis aller gesunden Menschen angesehen werden.¹⁰

Zum Schluß möchte ich betonen, daß das, was ich in diesem Aufsatz gesagt habe, in keiner Weise unsere gemeinsamen Anstrengungen um Entspannung, um Beendigung des Wettrüstens und um Abrüstung ersetzen soll. Meiner Beurteilung nach müssen wir kontinuierlich unsere Anstrengungen verstärken, um diese Ziele zu erreichen, die eine relativ lange Zeit in Anspruch nehmen werden. Aber all diese Anstrengungen werden vergeblich sein und zunichte werden, wenn wir nicht binnen kurzem die Anwendung der Kernwaffen, die bereits vorhanden sind, die Anwendung, die tatsächlich und wiederholt droht, verhindern.

Lassen Sie mich noch einen Gedanken hervorheben. In diesem Auf-

satz habe ich die Politik der gegenwärtigen Regierung meines Landes verurteilt. Das heißt nicht, daß ich mein Land verurteile, das sehr groß, sehr schön und unserer Liebe sehr wert ist. Ja, gerade wahrer Patriotismus, wahre Liebe zum eigenen Land erfordert, daß man versuchen muß, seine gegenwärtige Regierung zurechtzuweisen, wenn sie in Gefahr ist, sich selbst, dem ganzen Land und der Welt großen Schaden zuzufügen. Man muß versuchen, ihre Politik zu ändern. Das ist nicht nur eine Pflicht; es ist auch ein Akt der Liebe.

-
- 1 «The New York Times» vom 2. Juli 1975.
 - 2 Ibid.
 - 3 Ibid., 5. Oktober 1977.
 - 4 Im Laufe einer Debatte über Außenpolitik und Kernwaffenkrieg im US-Senat am 2. Juni 1975 sagte Senator Patrick Leaby: «Wir verlieren den Umstand aus den Augen, daß wir bereits 615 835 mal soviel Explosivkraft allein an Kernwaffen besitzen, als die Bombe hatte, die auf Hiroshima abgeworfen wurde; daß wir 8000 Sprengköpfe für die Ausrüstung von 36 Kernwaffen besitzen, mit denen wir auf jede der 219 sowjetischen Hauptstädte zielen können. Wir besitzen jetzt genügend Waffen, um jeden Mann, jede Frau und jedes Kind auf diesem Planeten zu töten, und das 27 mal.» (Congressional Record vom 2. Juni 1975)
 - 5 Am 1. August 1977 sagte der Generalsekretär der Pugwash-Konferenzversammlung in Nova Scotia, Dr. Bernard Feld, ein Wissenschaftler, der an der Herstellung der ersten Atombombe mitgewirkt hatte, voraus, daß ein Kernwaffenkrieg vor dem Ende des 20. Jahrhunderts ausbrechen werde. Mit Bezug auf die rapide zunehmende Zerstörungskraft, Präzision und Vermehrung der Kernwaffen sagte er in einer Darstellung im Rundfunk: «Je mehr die Gefahr zunimmt, umso weniger scheinen die Menschen sich davon betroffen zu fühlen. Die Leute meinen, es könne nicht geschehen, weil es nicht geschehen ist.» Die Moral ist eindeutig: Wir müssen die Leute dazu bringen, sich betroffen zu fühlen; wir müssen dafür sorgen, daß sie sich vergegenwärtigen, es könne geschehen.
 - 6 Robert Kennedy, «Dreizehn Tage: eine Denkschrift über die Kubakrise», New York 1969, S. 23.
 - 7 Ibid., S. 19.
 - 8 Ibid., S. 51.
 - 9 Ibid., S. 52.
 - 10 Siehe John Somerville, *The Peace Revolution: Ethos and Social Process*, Westport 1975; *The Crisis: The True Story About How the World almost ended*, ein Dokumentarspiel in vier Akten, vom Autor herausgegeben, 1976. Diese Werke sind in deutscher Übersetzung herausgegeben worden von Günther Schwarz, Darmstadt 1973 und 1975. Siehe auch Somerville, *The Philosophy of Peace*, mit einführenden Briefen von Albert Einstein und Thomas Mann, New York 1954.